



Dr. Guido Westerwelle, MdB

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Bundestagsvizepräsident der FDP

Rede von Dr. Guido Westerwelle

Haushaltsdebatte

Rede im Deutschen Bundestag am 17. September 2008

(Stenographisches Protokoll)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben am heutigen Vormittag vorgetragen, welche positiven Ergebnisse sie mit ihrer Arbeit bewirkt haben wollen; das ist ihr gutes Recht. Sie haben eine Leistungsbilanz vorgetragen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland erfreulicherweise sinkt. Außerdem haben sie völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zahl der Beschäftigten in Deutschland erfreulicherweise steigt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bravo! Das ist doch toll!)

Das sind die Entwicklungen, die in den letzten drei Jahren stattgefunden haben. In diesen drei guten Jahren waren Sie allerdings damit beschäftigt, die Frage zu klären, ob der Aufschwung ein Merkel-Aufschwung oder ein Schröder-Aufschwung war.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Aber kein Westerwelle-Aufschwung! - Heiterkeit)

Ich sage Ihnen: Der Aufschwung hat weder etwas mit Frau Merkel noch mit Herrn Schröder zu tun.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Noch mit Herrn Westerwelle!)

Er hat übrigens auch nichts mit Herrn Kauder oder mit mir zu tun,

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr richtig!)

sondern er hat etwas mit der Weltwirtschaft zu tun.

Worüber Sie allerdings nicht gesprochen haben, ist die Verantwortung für den Aufschwung, in dem wir uns jetzt befinden. Wenn der Aufschwung das Ergebnis Ihrer

Arbeit war, wieso bekennen Sie sich dann nicht auch zu Ihrer Verantwortung für den Abschwung, den wir gerade erleben?

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, wir, die Opposition, werfen Ihnen nicht vor, dass wir einen Abschwung erleben; wir wissen, dass Aufschwung und Abschwung viel mit der Weltkonjunktur zu tun haben. Was wir Ihnen aber vorwerfen, ist, dass Sie die guten Jahre nicht genutzt haben, um für schlechte Jahre vorzusorgen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben Ihre Zeit in dieser Koalition verplempert. Bedauerlicherweise wird von dieser Regierung der Eindruck übrig bleiben: Es waren versäumte Jahre. Wenn Sie es nicht einmal schaffen, die Kornkammer in den berühmten fetten Jahren zu füllen, wie soll Ihnen das dann in den mageren Jahren gelingen? Wie wollen Sie denn bei schlechter Konjunktur einen Haushalt ohne Schulden zustande bringen, wenn Sie einen Haushalt ohne Schulden nicht einmal bei guter Konjunktur zustande gebracht haben?

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die Bürgerinnen und Bürger um die Früchte des Aufschwungs gebracht, und zwar mit der größten Steuer- und Abgabenerhöhung, die jemals eine Regierung im Deutschen Bundestag durchgesetzt hat. CDU, CSU und SPD sind verantwortlich dafür, dass das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den letzten drei Jahren immer teurer, aber nicht besser geworden ist. Sie haben alles verteuert, aber nichts verbessert. Sie reden über die Preistreiber in der Wirtschaft. Aber die wahren Preistreiber haben Steuererhöhungen beschlossen und sitzen auf der Regierungsbank.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben eine Rede gehalten, der ich in weiten Teilen zustimmen konnte; ich glaube, das gilt über die Grenzen der Koalitionsfraktionen hinweg sogar für einen großen Teil dieses Hauses. Natürlich ist es gut, dass Sie die Bildungspolitik in den Mittelpunkt Ihrer Politik rücken. Es muss aber doch einem Beobachter auffallen: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben am meisten über das Thema gesprochen, zu dem Sie politisch am wenigsten zu sagen haben, nämlich über die Bildungspolitik. Da sind Sie natürlich mit unverbindlichen Reden schnell dabei.

(Beifall bei der FDP)

In Wahrheit ist es doch nicht so, als würde Ihre Bildungsreise irgendeinen Kindergarten oder irgendeine Schule verbessern. Diese Bildungsreise findet statt für die Damen und Herren, die da oben in der ersten Reihe stehen, nämlich für die Fotografen. Sie wollen auch leben; das kann ich ja verstehen. Nur mit Verlaub gesagt: Bildungspolitik hätte bedeutet, dass man bei der Föderalismusreform mit den entsprechenden Mehrheiten diese Zersplitterung nicht auch noch durchgesetzt hätte.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Wir haben eine Bundesregierung, die heute Morgen einen auf Rosamunde Pilcher gemacht hat. Heute Nachmittag geht beim Wahlkampf das Kettensägenmassaker weiter. Das ist ein außerordentlich bemerkenswerter Vorgang. Herr Kollege Kauder sagt: Wir machen keinen Wahlkampf. - Das ist vermutlich genau der Grund, weshalb CSU-Chef Huber gleich hier sprechen wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das wird er uns an dieser Stelle noch erklären. Mit Verlaub gesagt: Was der CSU-Chef als bayerischer Finanzminister in der Debatte über den Bundeshaushalt zu suchen hat, das wird er uns zweifelsohne noch erklären. Ich weiß, dass ein CSU-Chef gern hier sprechen möchte. Er hat hier aber gar kein Rederecht. Rederecht hat die Bayerische Staatsregierung. Diese ist beim Bundeshaushalt aber wirklich nicht gefragt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU): Ihre Belehrungen können Sie sich wirklich sparen!)

Der Zustand dieser Regierung ist bemerkenswert. Da wird alles fröhlich verkleistert. Das ist alles menschlich nachvollziehbar. Aber mit Verlaub gesagt: Frau Bundeskanzlerin, wir wollen Ihnen aber nicht ersparen, darauf hinzuweisen, was Sie über Ihren Vizekanzler und die SPD alles gesagt haben. Wenn niemand mehr sagt, was vor vier Tagen gesprochen wurde, dann ist es die Aufgabe der fröhlichen, optimistischen und lebensbejahenden Opposition, dies einzubringen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor vier Tagen auf dem Parteitag der CDU in Rheinland-Pfalz gesagt: Mit den Sozialdemokraten ist kein Staat zu machen. - Bundeskanzlerin Angela Merkel: Wir haben es mit einem Koalitionspartner zu tun, der zunehmend unzuverlässig wird.

Wenn mit den Sozialdemokraten kein Staat zu machen ist, dann verstehe ich nicht, wie ihr euch hier heute Vormittag küsst, herzt und schmust, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Bloß kein Neid!)

Herr Kollege Struck, ich bitte, das bildlich zu nehmen, damit das auch gleich klargestellt ist.

Die Töne der Sozialdemokraten über ihren Regierungspartner Union sind kein bisschen anders. Der designierte SPD-Vorsitzende, auf den ich mich persönlich durchaus freue, weil ich glaube, dass sehr klar gesprochen wird, wenn er in Debatten eingreift, sagte zu der Union: Die Union stellt zwar die Kanzlerin, aber sie hat nicht die Meinungsführerschaft. Frau Merkel hat nicht die Führung.

(Beifall des Abg. Hubertus Heil (SPD))

- Der Generalsekretär der SPD klatscht pflichtbewusst.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Wie lange klatscht er noch?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gegen diese Koalition waren Kain und Abel eine friedliche Gesellschaft. Es ist abenteuerlich, was hier für ein Schauspiel veranstaltet wird. Die Bürger sind aber viel zu klug, um das durchgehen zu lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt: Das können nicht alle, das kann nur die Große Koalition. - Das ist für mich, wie man so schön sagt, das Wort des Tages gewesen. Morgens machen Union und SPD in den Sitzungen einen auf Miteinander, und ab Mittag machen sie einen auf Gegeneinander. Das kann nur die Große Koalition.

Deutschland hat aber mehr verdient als eine Halbtagsregierung, die uns ein Jahr lang in dieser Republik mit Dauerwahlkampf lä hmt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Opposition wirft Ihnen nicht vor, dass sich die Welt so oder so entwickelt. Es bestreitet niemand, dass die Regierung und die Koalition - auch in den Jahren zuvor - natürlich auch Positives bewirkt haben; es ist gar nicht möglich, dass man drei Jahre lang regiert und alles schlecht war. Das wird ausdrücklich anerkannt. Insbesondere bei der Außenpolitik haben wir immer wieder gesagt: Das erkennen wir an. Das große Problem ist aber, dass diese Koalition die riesengroße Mehrheit, die sie in diesem Hohen Hause und im Bundesrat hatte, nie genutzt hat, um das Land wirklich zu erneuern und auf schwächere Phasen vorzubereiten.

In den letzten drei Jahren war die wirtschaftliche Weltlage für Sie als Koalition unglaublich gut, aber Sie haben all das versäumt, was Sie im Hinblick auf schlechtere Zeiten zu tun gehabt hätten.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin (FDP) - Joachim Poß (SPD): Das ist doch schlichtweg falsch!)

- Herr Kollege Poß sagt: „Das ist doch schlichtweg falsch!“

(Volker Kauder (CDU/CSU): Da hat er auch recht!)

- Dass Sie das jetzt sagen, Herr Kauder, ist mir völlig klar. Das ist eine ganze tiefe Freundschaft zwischen Ihnen; das weiß ja auch jeder.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Na ja!)

Man muss es an dieser Stelle doch einmal auf den Punkt bringen: In der Zeit der alten Kanzlerschaft, zu der ich in heftiger Opposition stand, haben wir wenigstens den Versuch erlebt, mit der Agenda 2010 ein paar strukturelle Reformen auch für magere

Zeiten durchzusetzen. Sie haben diese Reformen nicht nur nicht fortentwickelt, Sie haben sie sogar noch rückabgewickelt.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die strukturelle Lage in Deutschland mit Ihren Steuer- und Abgabenerhöhungsorgien verschlechtert und die Mittelschicht um die Früchte ihrer Leistung gebracht.

(Joachim Poß (SPD): Das deckt sich nicht mit den Zahlen!)

Das vergisst Ihnen die Mittelschicht auch nicht. Erst haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern nichts vom Aufschwung abgegeben, jetzt lassen Sie sie mit dem Abschwung alleine.

(Joachim Poß (SPD): Das ist der gefühlte Westerwelle! Nichts Konkretes!)

Das ist in Wahrheit der Ausdruck des wachsenden Misstrauens bei Ihnen. Sie sagen, dass diese Bundesregierung bei der Erstellung des Bundeshaushalts Entscheidungen getroffen hat. Herr Bundesfinanzminister, ich habe Ihre Rede von gestern gehört und aufmerksam verfolgt. Damit wir uns nicht missverstehen: Es ist Ihres Amtes, dafür zu sorgen, dass Panik nicht um sich greift. Es ist Ihres Amtes, dafür zu sorgen, dass aus einer Krise keine Katastrophe wird. Es ist auch Ihres Amtes als Finanzminister, dass Sie dementsprechend zur Vernunft mahnen. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Was uns nicht gefällt und was wir nicht anerkennen, ist, dass Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen so leichtfertig über das Versagen der privaten Wirtschaft reden - übrigens mit viel berechtigter Kritik -, dass Sie so leichtfertig über das Versagen der Manager privater Banken reden - übrigens auch mit viel berechtigter Kritik - und dass Sie das Versagen bei Ihrer eigenen Staatsbank verschweigen, was in Ihrer eigenen Verantwortung liegt, wo Milliarden Euro verbrannt wurden, die jetzt fehlen, beispielsweise um Steuern senken zu können.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man am heutigen Tage liest, dass die Staatsbank KfW, die zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Ländern gehört, dem Pleitier in Amerika sogar noch 300 Millionen Euro mit der fabelhaften Begründung rüberschiebt, das habe man bereits in der letzten Woche angewiesen und man habe gar nicht mehr gewusst hat, dass diese Anweisung in dieser Woche ausgeführt wird, dann muss man sagen: Bevor Sie über das Versagen in der privaten Wirtschaft reden - auch mit berechtigter Kritik -, sollten Sie sich an Ihre eigene Nase fassen. Der Staat hat versagt, die Regierung hat versagt, die Bankenaufsicht hat versagt. Dafür trägt der Finanzminister die politische Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN – Volker Kauder (CDU/CSU): Dafür kann der Finanzminister doch nichts! Das ist das Management!)

In der Öffentlichkeit verbreiten Sie den Eindruck, das sei ein solider Haushalt, weil weniger Schulden gemacht werden. Das kann jeder auf den ersten Blick mit den Grundrechenarten widerlegen. Die jetzige Bundesregierung, die bei der Regierungsübernahme rund 30 Milliarden Euro an neuen Schulden vorgefunden hat, gleichzeitig aber durch ihre Steuererhöhungen 60 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Steuern in ihre Staatskasse einnimmt und immer noch - in diesem Jahr wieder - hohe Schulden macht, handelt nicht solide. Sie würden sparen, wenn Sie die Ausgaben senken würden. Sie nennen es sparen, wenn Sie sich etwas weniger heftig neu verschulden. Das ist eine babylonische Sprachverwirrung.

Noch niemals hat eine Regierung den Bürgerinnen und Bürgern so viel abgenommen wie diese Regierung. Schlimmer ist aber: Noch niemals hat eine Regierung so viel ausgegeben wie diese Regierung. Wir haben kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabeproblem des Staates. Hier ist eine Kehrtwende der deutschen Politik fällig. Sie können nicht immer die Kuh schlachten wollen, die Sie für den Staat melken möchten. All die sozialen Wohltaten hängen davon ab, dass es noch Menschen gibt, die anpacken und das alles erwirtschaften - die Mittelschicht -, um eine Zukunft zu haben. Das genau verhindern Sie mit Ihrer Abkassiererei.

(Beifall bei der FDP)

19 Steuererhöhungen haben Sie beschlossen: Das war die insgesamt größte Steuererhöhung in der Geschichte der Republik. Die Mehrwertsteuererhöhung ist davon nur ein Teil. Die Kürzung der Pendlerpauschale ist in aller Munde. Weitere Stichworte sind die Streichung der Eigenheimzulage und der Sparerfreibetrag.

(Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren keine Steuererhöhungen!) Ich erinnere noch einmal an das, was im Bereich der sozialen Sicherungssysteme beschlossen worden ist: Die Beiträge für die Kranken- und für die Pflegeversicherung werden erhöht. Wir erleben, dass die Rentenbeiträge steigen. Darüber hinaus sind Sie bei dem Versuch, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken, so mutlos, dass das, was auf der einen Seite erhöht worden ist, auf der anderen Seite wenigstens wieder ausgeglichen werden könnte. Das ist leider die Realität. Sie haben die Steuern erhöht wie noch keine Regierung zuvor.

(Joachim Poß (SPD): Wir haben Steuervergünstigungen abgebaut!)

Trotzdem machen Sie Schulden. Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der FDP)

Nun hat uns Herr Kollege Kauder gesagt: Das Beste kommt noch. Das habe ich mehr als Drohung denn als Versprechen empfunden. Wenn Sie bei der Erbschaftsteuer, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, wirklich etwas Gutes im Sinne hätten, dann ist doch gar nicht erklärbar, warum Sie mit diesen angeblich so guten Nachrichten für unser Volk nicht schon vor der bayrischen Landtagswahl herauskommen.

(Beifall bei der FDP)

Jeder weiß, dass Sie die Bürger nach der bayerischen Landtagswahl wieder hinter die Fichte führen wollen.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Nein!)

Das wird so ablaufen, dass Sie genau die Wahlkampforderungen, die die CSU im Augenblick durch die Bierzelte trägt, nach der bayerischen Landtagswahl wieder beerdigen werden.

Im bayerischen Wahlkampf gab es eine Diskussion, die mich fasziniert hat, Herr Kollege Huber. Es ist wirklich bemerkenswert: Seitdem Sie merken, dass Ihnen ein bestimmtes Körperteil auf Grundeis geht, seitdem Sie merken, wie eng es für die CSU wird, fangen Sie mit einem Kreuzzug gegen die Linken an.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Was richtig ist!)

- Es ist immer richtig, gegen die Linken zu sein, da haben Sie völlig recht.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Die SPD kämpft mit der 15, die CSU mit der 50!)

Wenn das euer kleinster gemeinsamer Nenner ist: Bitte schön!

Aber dann haben Sie, lieber Herr Kollege Huber, meine Damen und Herren von der CSU, angefangen, eine Attacke gegen die FDP zu reiten.

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Kauder (CDU/CSU): Herr Huber, das geht zu weit!)

Das ist zu viel, das können wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben tolle Nachrichten gehört, die mir persönlich sehr viel Freude bereitet haben: Herr Beckstein und Herr Huber bezeichnen die FDP als Sicherheitsrisiko.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Das sagt der Ministerpräsident, der soeben erklärt hat, man könne sich an einem Nachmittag nach zwei Litern Bier noch ans Steuer setzen. Nehmen wir das einmal als Realität; der Mann bewirbt sich schließlich gerade als Ministerpräsident. Herr Huber spricht hier gleich noch, und ich möchte gerne die Meinung der bayerischen Staatsregierung dazu hören. Nehmen wir einmal ein gestandenes Mannsbild: Herrn Huber.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Nehmen wir als Alter 62 Jahre und als Gewicht circa 72 Kilogramm an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

- Ich weiß, wie man mit geringem Aufwand Freude bereiten kann. -

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Nun möchte ich das einmal umrechnen. Wenn man also nachmittags um drei Uhr auf dem Oktoberfest anfängt, zwei Liter Bier zu trinken, und um 21 Uhr damit aufhört, dann hat man knapp 0,8 Promille im Blut.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Er hat alkoholfreies Bier gemeint!)

Wenn wir als FDP ein Sicherheitsrisiko sein sollen, dann kann ich dazu nur eines sagen: Jemand, der die Leute betrunken hinters Steuer lassen will, ist ein Sicherheitsrisiko in diesem Land.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun haben wir von Ihnen, lieber Herr Kollege Struck, viel gehört. Ich höre Ihnen immer sehr gerne zu; das macht viel Freude. Was ich auch immer genieße, sind Ihre kleinen Sticheleien. Ich fand es herrlich, als Sie davon sprachen, dass Angela Merkel den Steigbügelhalter für Frank-Walter Steinmeier macht. Das hat große Begeisterung bei den Damen und Herren der Union ausgelöst. Sie haben sich hier sehr lange und ausführlich geäußert. Das müssen Sie auch, das gehört dazu. Schließlich machen wir hier keinen Wahlkampf, Herr Kollege Struck und Herr Kollege Kauder, um das an dieser Stelle noch einmal klarzustellen.

(Lachen bei der LINKEN)

Nichts von Ihnen, Herr Kollege Kuhn? Das Bodenturnen war wirklich großartig. An dieser Stelle rechnet der Kollege Struck mit der Linkspartei ab. Ich bin zwar als Liberaler sowieso der größte Gegner der Idee der Unfreiheit durch Sozialismus und Kommunismus, aber eines habe ich nicht verstanden. Wenn Sie die Repräsentanten der Linkspartei sozusagen als gerade frisch der Hölle entsprungen darstellen, dann verstehe ich nicht, warum Sie in einem Bundesland nach dem anderen genau mit diesen Kommunisten zusammen regieren wollen. Insofern sollten Sie einen neuen Kurs finden, meine Damen und Herren Sozialdemokraten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein Land nach dem anderen: Berlin, Hessen, Thüringen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen. Schleswig-Holstein wird angekündigt. Ich habe eine traurige Nachricht für Sie: Dazu wird es nicht kommen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Es ist aber ein Widerspruch in der Debatte. Ich rate dazu, dass wir uns weniger mit den politischen Persönlichkeiten auseinandersetzen. Ich habe meine Zweifel, ob Nazivergleiche ein geeigneter Diskussionsbeitrag sind. Aber wir sollten über etwas anderes debattieren. Worum es in der Debatte eigentlich gehen muss - meinetwegen auch gerne im Wahlkampf, aber erst recht hier -, ist nicht die Beschimpfung von einzelnen Repräsentanten einer Linksaußen-

partei; vielmehr geht es darum, klarzumachen, dass wir bei aller Kritik, die wir an unserem System der sozialen Marktwirtschaft äußern, und bei allem, was wir besser machen wollen, gemeinsam erkannt haben, dass es immer noch das beste System ist, das es jemals auf deutschem Boden gegeben hat. Die soziale Marktwirtschaft hat ihre Fehler, aber sie ist zehnmal besser als eine bürokratische Staatswirtschaft und erst recht die Planwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Darüber muss die Debatte eigentlich geführt werden. Es ist auch Ihre Aufgabe, die geistige und politische Meinungsführerschaft auszuüben. Ich habe es wirklich bedauert, meine Damen und Herren von der Bundesregierung. Sie haben einen riesigen Etat für Öffentlichkeitsarbeit. Er umfasst Millionen über Millionen Euro und wird immer weiter aufgestockt. Sie beschließen, immer mehr Geld für Propaganda auszugeben. Wofür verwenden Sie dieses Geld? Warum nutzen Sie es nicht beispielsweise für Wertedebatten? Warum gehen Sie nicht mit dem Thema soziale Marktwirtschaft oder mit Informationen über die Zeit vor der deutschen Einheit in die Schulen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wie kann man von einem 18-, 19- oder 20-Jährigen erwarten, dass er das alles im Kopf hat? Diese geschichtlichen Lehren sind eine Bringschuld für uns, die wir das alles erlebt haben, aber keine Holschuld der Jüngeren. Dafür müssten Sie eine Offensive starten.

(Beifall bei der FDP)

60 Jahre Einführung der Deutschen Mark - welche Gelegenheit war das, in die Schulen und Hochschulen zu gehen. Auch das 60-jährige Jubiläum des Parlamentarischen Rates ist ein geeignetes Thema. An dem Festakt dazu, der kürzlich stattgefunden hat, haben nur einige tapfere Aufrechte teilgenommen.

Wer das demokratische System der sozialen Marktwirtschaft in unserer Republik auch in den Herzen der Menschen verankern will, der muss wenigstens die großen Geburtstage und Anlässe in unserer Republik nutzen, um die Vorzüge dieses Systems gegenüber der Unfreiheit immer und immer wieder zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben in der Außenpolitik, um die es heute auch noch gehen wird, zweifelsohne vieles richtig gemacht. Ich kritisiere erneut - aus Zeitgründen kann ich es aber nur streifen -, dass eigene Abrüstungsinitiativen Ihrerseits leider ausgeblieben sind. Ich halte übrigens den Satz, dass Außenpolitik kein Abenteuerspielplatz ist, den Sie, Herr Minister Steinmeier, von Hans-Dietrich Genscher übernommen haben, für völlig richtig.

Wir unterstützen die Regierung Merkel/Steinmeier nachdrücklich darin, auf der Fortsetzung des Dialogs zu bestehen und den Gesprächsfaden nicht zu durchschneiden. Wer nicht miteinander redet, kommt viel zu schnell in die Gefahr, eines Tages aufeinander zu schießen. Deswegen ist es völlig richtig, dass Sie die Verpflichtung zum Dialog als Ihre große Verantwortung anerkennen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das wird Ihnen niemand nehmen, und das ist von uns auch nie kritisiert worden. Das steht für mich außer Frage, und es ist mir offen gestanden auch gleich, ob es mehr die Handschrift von Frau Merkel oder von Herrn Steinmeier trägt. Es ist einfach deutsche Staatsräson. Daran wird sich auch nichts ändern.

Wir blicken auf drei Jahre zurück, in denen eine riesige Mehrheit und eine sehr starke Konjunktur alle Möglichkeiten geboten hat. Von anderen Regierungen bleiben das Wirtschaftswunder, die neue Ostpolitik und die deutsche Einheit übrig. Von dieser Regierung bleibt die Steueridentifikationsnummer übrig. Das ist Klein-Klein. Aber das ist zu wenig für unser Land. Geistig-politische Führung wäre gefragt. Dieses Land braucht wieder eine Richtung mit klaren Verhältnissen. Das Gewurstel muss ein Ende haben.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)